

Neuigkeiten

UPIK® - Unique Partner Identification Key

Home | News | B2node D&B Deutschland | D&B International | VDA | VDI | Kontakt | Login

Home > UPIK® Datensatz

UPIK® Datensatz - L

Firma	
Amtsgericht Bad Oeynhausen	
L	Eingetragener Firmenname
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	
L	D-U-N-S® Nummer
L	Geschäftssitz
L	Postleitzahl
L	Postleitsche Stadt
L	Land
W	Länder-Code
Postfachnummer	
Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer
W	Fax Nummer
Name Hauptverantwortlicher	
W	Tätigkeit (SIC)

Die Bundesrepublik Deutschland wurde **1990** durch den damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei der UNO abgemeldet und **Germany** angemeldet. Auch in den **UPIK**-Verzeichnissen, in denen alle **Firmen** gelistet sind, steht seit 1990 als Angabe zum Land anstatt Bundesrepublik Deutschland, der Eintrag "Germany". **GEH DENKEN !!!**



Nach Aussage von Botschafter Richard Grenell hat die **Feinstaatenklausel** bis heute Gültigkeit und bei Deutschland handelt es sich um ein **Protektorat** der **USA**. Damit wurde durch den Botschafter Washingtons bestätigt, das sich Deutschland bis heute mit 53 Staaten im Krieg befindet und unter **Kriegsrecht** steht. Der gesamte Bundestag in Berlin untersteht somit dem **Weisungsrecht** der Alliierten. Das deutsche Volk wurde somit ununterbrochen belogen, betrogen und unter Vorsatz getäuscht. **GEH DENKEN**

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

2 US-Botschafter erinnert Bundesregierung an fehlende Souveränität

Washingtons Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, sorgte mit einem Interview für die Nachrichtenagentur FNA für Aufsehen. Dort erinnerte er Berlins Machthaber daran, daß „trotz der Zwei-Plus-Vier-Verträge die Amerikaner in Deutschland nach wie vor umfangreiche Befugnisse haben“, daß „sie die Feindstaatenklausel der Vereinten Nationen etwas genauer unter die Lupe nehmen und vielleicht zusätzliche 200 000 Soldaten in Deutschland stationieren müssten“, wenn deutsche Politiker die Anweisungen aus Washington nicht befolgten.

Bislang hätte man stets „mit Freundlichkeit“ versucht, Berlins Machthaber „an ihre Verpflichtungen gegenüber Washington zu erinnern“. Grenell selbst stehe aber eher für den „direkten Weg, ohne Umschweife“, denn dies alles sei schließlich kein „Wunschkonzert“: „Wenn die Amerikaner sagen, ‚Ihr kauft kein russisches Gas, sondern amerikanisches Gas‘, dann wird das so gemacht. Und wenn die Amerikaner sagen, ‚Ihr Deutschen erhöht das Rüstungsbudget auf 2 % der Wirtschaftsleistung‘, dann sind das keine 1,23 %. Die Deutschen sollten sich nicht länger der Illusion hingeben, souverän zu sein. Akzeptiert es endlich: Deutschland ist immer noch ein US-Protektorat!“

Mit aller Deutlichkeit brachte Grenell damit in die Öffentlichkeit, was unter Experten bereits seit Langem vermutet und in der Bevölkerung befürchtet war. Berlins Machthaber taten zwar diese Zusammenhänge bislang immer als „Verschwörungstheorien“ ab, scheinen nun aber dem US-Botschafter keine entsprechende Antwort geben zu können. Die politische Realität zeigt jedenfalls, daß derartige Befehle aus Washington in der Vergangenheit tatsächlich befolgt wurden, wie man aktuell an der Forderung einer „2 %-Rüstungsausgaben-Bestimmung“, die parteiübergreifend im Bundestag befürwortet wird, sehen kann. Bezeichnend ist, daß die sogenannten „Qualitätsmedien“ den genauen Inhalt dieses Interviews bisher verschwiegen und nur nebulös über die dadurch ausgelöste Empörung berichteten.

Wenn der US-Präsident das oft kriminelle Rechtsgebaren im Zusammenhang mit der ungehinderten Immigration nach Deutschland als „nationales Sicherheitsrisiko“ auch für die USA bezeichnet, dürfte diese Aussage unter den vorgenannten Hintergründen eine besondere Brisanz erlangen. Möglicherweise ist es vor diesem Hintergrund aber gar nicht so schlecht, wenn auch in diesem Zusammenhang Washingtons Verordnungen richtungsweisend sind . . . (eh)

Offenkundigkeiten:

Deutschland ist bis heute kein souveräner Staat. Es gibt keinen Friedensvertrag für das deutsche Volk. Die Feindstaatenklausel hat bis heute Gültigkeit. Das deutsche Volk wurde bis heute von allen Erfüllungsgehilfen (vgl. Bediensteten in den Behörden, der Politik, der Justiz, den Medien,) der NAZI-BRD als Rechtsnachfolger des DRITTEN REICH, vorsätzlich belogen/betrogen, getäuscht.